

Juli 2004



Die koreanische Nuklearkrise: Die Peking-er Sechsergespräche - Perspektiven für eine friedliche Lösung

Dr. Paul Pasch, Friedrich-Ebert-Stiftung, Bonn

- Die friedliche Beilegung der koreanischen Nuklearkrise gehört heute zu den schwierigsten Aufgaben in der Weltpolitik. Totalitär und in sich gekehrt, ideologisch isoliert und wirtschaftlich am Ende ist Nordkorea ein Fremdelement in einer globalisierten, marktwirtschaftlichen Umgebung.
- Das nordkoreanische Regime scheint dennoch zu überleben. Nicht zuletzt deswegen, weil die Führung des Landes der internationalen Gemeinschaft unter Drohungen immer wieder Konzessionen abtrotzt.
- Nordkoreas Nuklearpoker birgt die Gefahr in sich, dass aufgrund eines technischen Berechnungsfehlers oder plötzlich eskalierender Spannungen eine Katastrophe über die Menschen in der Region hereinbricht.
- Für eine Lösung des Problems ist eine direkte Verständigung zwischen Nordkorea und den USA entscheidend. Solange die USA und Nordkorea sich jedoch gegenseitig als Bedrohung betrachten, dürfte dies schwierig sein. Daher erscheint der multilaterale Dialog im Rahmen der Peking-er Sechsergespräche zur Zeit als vielversprechender Ansatz zur Erreichung von Frieden und Stabilität in Nordostasien.

Der Umgang mit dem kommunistischen Nordkorea¹ ist nach der Vertreibung der Taliban aus Afghanistan, der Absetzung Saddam Husseins im Irak und der andauernden militärischen Konfrontation zwischen Israelis und Palästinensern eine der schwierigsten Aufgaben in der Weltpolitik. Auch in diesem Konflikt geht es in erster Linie um die strategischen Interessen der Vereinigten Staaten von Amerika. Hier geht es allerdings weder um die Sicherung der Erdölreserven im Nahen und Mittleren Osten und des Kaukasus, noch um die Einführung von Demokratie und freier Marktwirtschaft. Nordkoreas Nuklearpoker ist eine Herausforderung für die nukleare Hegemonie der USA im Pazifik und ein Hindernis für Frieden und Stabilität in Nordostasien.

Die dritten und vorerst ergebnislosen Sechsergespräche vom 23. bis 26. Juni in Peking zwischen Japan, Russland, China, Nord- und Südkorea sowie den USA verdeutlichen die Komplexität des Problems. Unmittelbar nach dem Amtsantritt der Bush-Regierung Mitte Januar 2001 wurde Nordkorea politisch und wirtschaftlich isoliert² und im Februar 2002 auf die *Achse des Bösen* gesetzt³. Nachdem Pakistan im Anschluss an die Attentate vom 11. September 2001 der *Allianz gegen den Internationalen Terrorismus* beitrug und Libyen und der Iran Ende 2003 die Internationale Atomenergiebehörde (IAEA) zur Inspektion ihrer Nuklearanlagen einluden, erscheint Nordkorea als der gefährlichste *Schurkenstaat*.

¹ Wegen besserer Lesbarkeit des Textes werden die Termini Nordkorea und Südkorea benutzt und nicht die politisch korrekten Bezeichnungen Demokratische Volksrepublik Korea (DVRK) beziehungsweise Republik Korea (RK).

² Vgl. „Powell Opening Statement Before Senate Foreign Relations Committee“, 17.01.2001, www.state.gov/secretary.

³ Vgl. Präsident George W. Bush, „State of the Union Address“, 29.01.2002, www.whitehouse.gov/stateoftheunion.

Auch fünfzehn Jahre nach dem Fall des *Eisernen Vorhangs* findet der *Kalte Krieg* auf der koreanischen Halbinsel seine Fortsetzung. Über fünfzig Jahre nach Beendigung des Korea-Krieges betrachten sich sowohl die USA als auch Nordkorea gegenseitig als Bedrohung. Die jüngste Nuklearkrise ist zwar in erster Linie ein Konflikt zwischen Nordkorea und den USA. Aber auch Südkorea und Japan waren direkt gefährdet. Nordkorea dagegen befürchtet seine Auslöschung durch amerikanische Atombomben. Tatsächlich haben die Amerikaner auf dem Höhepunkt des Koreakrieges den Einsatz von 26 Atombomben gegen Nordkorea erwogen.⁴ Nach wie vor gilt das Waffenstillstandsabkommen von 1953, und noch heute haben die Amerikaner rund 37.000 Soldaten in Südkorea stationiert, die zumindest bis Ende der achtziger Jahre mit Nuklearwaffen ausgestattet waren.

Die amerikanische Außenpolitik scheint in die jüngste Nuklearkrise genauso tief verwickelt wie das viel geschmähte Regime⁵ in Pjöngjang. Die Hardliner in der US-Regierung begegnen dem nordkoreanischen Nuklearpoker eher mit Konfrontation als mit konstruktivem Dialog. Diese Politik hat schließlich auch die erfolgversprechende Entspannungspolitik Südkoreas blockiert. Während des Jahres 2003 bestand die Gefahr einer militärischen Eskalation auf der koreanischen Halbinsel. Erst als die nordkoreanische Regierung am 6. Dezember 2003 das Einfrieren aller Nuklearprogramme ankündigte und erneute Gesprächsbereitschaft signalisierte, entspannte sich die Situation. Doch wie war es dazu gekommen?

⁴ Don Oberdorfer: "The Two Koreas – A Contemporary History", Reading, Mass., 1997, S. 252.

⁵ Im Falle des totalitären Nordkoreas ist es wichtig, zwischen Regime und Regierung zu unterscheiden. Während die Regierung vom Parlament eingesetzt wird, um die Administration zu leiten, werden alle Entscheidungsprozesse vom Regime kontrolliert. Es wird davon ausgegangen, dass das Regime aus Kim Jong-il, seiner Familie und einigen hohen Offizieren aus der Armee und den Sicherheitsdiensten besteht. Ferner wird angenommen, dass Kim Jong-il in seiner Funktion als Vorsitzender des Nationalen Verteidigungskomitees und Generalsekretär der Arbeiterpartei alle Macht auf sich konzentriert. Mit der *Militär-zerst-Doktrin* sichert Kim Jong-il seine Macht in einer Militärdiktatur. Seit 1998 hat er mehr als 1000 ihm ergebene hohe Militärs eingesetzt. Das Zentralkomitee der Arbeiterpartei erscheint dagegen weitestgehend entmachtet. Vgl. u.a. Rüdiger Frank: „Nordkorea: Zwischen Stagnation und Veränderungsdruck“, in Claudia Derichs und Thomas Heberer (Hrsg.): „Einführung in die politischen Systeme Ostasiens“, Leske + Budrich, Opladen, 2003, S. 305-322.

Die erste Nuklearkrise

Die erste koreanische Nuklearkrise begann sich Anfang der 90er Jahre abzuzeichnen. Obwohl Pjöngjang den Atomwaffensperrvertrag 1985 unterzeichnet hatte, gab die nordkoreanische Führung das Ziel, ein eigenes Atomwaffenprogramm zu entwickeln, keineswegs auf. Soviel ging zumindest aus den Berichten der amerikanischen Nachrichtendienste hervor, die in Yongbyon eine Anlage zur Plutoniumverarbeitung aufgespürt hatten. Es folgten verschiedene Verhandlungsrunden. 1992 erklärte sich Nordkorea bereit, seine atomaren Anlagen durch die Inspektoren der IAEA überprüfen zu lassen. Nur wenige Monate später ergaben sich schwere Zerwürfnisse über den Umfang dieser Inspektionen. Im März 1993 schließlich verkündete Nordkorea seine Absicht, aus dem Atomwaffensperrvertrag auszutreten. Zwar erklärte sich das Regime wenige Wochen später bereit, diesen Schritt zurückzustellen, aber auf der Halbinsel entstand trotzdem eine ernste Krise. Nach Ansicht des damaligen amerikanischen Verteidigungsministers William Perry war die darauf folgende Eskalation die einzige Entwicklung während seiner Amtszeit, die ihn zu der Ansicht brachte, die USA seien "ernsthaft in Gefahr, in einen größeren Krieg verwickelt zu werden".⁶ Nach verschiedenen Interventionen, wie z.B. einem halb privaten Besuch des früheren amerikanischen Präsidenten Jimmy Carter in Pjöngjang, kam man schließlich zu einer Einigung. In dem im Oktober 1994 unterzeichneten *Rahmenabkommen* erklärte sich Pjöngjang bereit, sein Nuklearprogramm einzufrieren. Im Gegenzug verpflichteten sich die USA zur Lieferung von Hilfsgütern und Heizöl sowie in der fernen Zukunft zum Bau von zwei Leichtwasserreaktoren als Energiequellen für Nordkorea.⁷

Von der Entspannung zur zweiten Nuklearkrise

Nach der Beilegung der ersten Nuklearkrise zeigten alle Beteiligten mehr Bereitschaft zur Zusammenarbeit. Anfang 1998 signalisierte die Einführung Kim Dae-jungs in das Amt des südkoreanischen Präsidenten den Beginn einer neuen Politik, die mehr Nachgiebigkeit und Entgegenkommen versprach, sich mit dem Erzfeind auf der anderen Seite der Grenze auseinander zu setzen. Dieser neue Ansatz wurde von der Regierung Clinton durch eine Nordkorea-Politik

⁶ William J. Perry: "The United States and the future of East Asian security" in Woo Keun-Min (Hrsg.), *Building common peace and prosperity in Northeast Asia*, Yonsei University Press, Seoul 2000, S. 121.

⁷ Zur *Korean Peninsula Energy Development Organisation* (KEDO) siehe z.B. www.kedo.org.

unterstützt, die nicht nur auf militärischer Abschreckung beruhen, sondern auch einen neuen, umfassenden und integrativen Ansatz bei Verhandlungen mit Nordkorea einschließen sollte.

Diese nuancierte politische Haltung in Washington und Seoul führte bald zu Durchbrüchen auf verschiedenen Gebieten, wie z.B. zur Aufhebung des generellen Verbots, das bislang für den Handel mit Nordkorea sowie für Investitionen und Besuche gegolten hatte. Pjöngjang reagierte mit kleinen Gesten der verschiedensten Art, wie z.B. einer zögerlichen Durchlässigkeit seiner Grenzen, Vereinbarungen über Familienbesuche von Angehörigen aus dem Süden und einer Abschwächung seiner aggressiven Rhetorik. Diese Entspannungspolitik erreichte mit dem historischen Gipfeltreffen der beiden Staatsoberhäupter Kim Dae-jung und Kim Jong-il ihren Höhepunkt. Die Bedeutung dieses Treffens kann trotz der damit verbundenen Geldtransfers nach Pjöngjang nicht hoch genug eingeschätzt werden, es leistete einen maßgeblichen Beitrag zum Abbau der Spannungen auf der koreanischen Halbinsel.

Mit dem Regierungswechsel vom Januar 2001 in den Vereinigten Staaten von Amerika und der darauf folgenden politischen und wirtschaftlichen Ausgrenzung Nordkoreas kehrte das Denkmuster und das konfliktträchtige Verhalten aus der Zeit des *Kalten Krieges* zurück. Im Herbst 2002 kam es dann zur zweiten Nuklearkrise. Anlässlich einer bilateralen Konsultation überraschten die nordkoreanischen Gastgeber die amerikanische Delegation mit der Offenlegung ihrer geheimen Pläne zur Anreicherung von Uran. Anschließend warf die Regierung die Inspektoren der Internationalen Atomenergiebehörde aus dem Land, zog sich aus dem Atomwaffensperrvertrag zurück und nahm den Atomreaktor Yongbyon wieder in Betrieb. Die Krise hatte erschreckende Ausmaße angenommen, denn nun musste das nukleare Angriffspotential Nordkoreas ernst genommen werden. Schließlich drohte Pjöngjang damit, Seoul in ein „Feuermeer“ zu verwandeln.

Einerseits ist Pjöngjang für diese Krise verantwortlich zu machen, weil Nordkorea die zuvor geschlossenen Vereinbarungen brach und sich weigerte, als Gegenleistung für Energiehilfen das eigene Atomprogramm einzustellen. Andererseits wird das nordkoreanische Regime den amerikanischen Einmarsch in Afghanistan, den bevorstehenden Angriff gegen den Irak, die atomare Hegemonie der USA im Pazifik sowie die im Juni 2002 verkündete neue strategische

Doktrin⁸ als unmissverständliche Bedrohung der eigenen Sicherheit empfunden haben.

Sowohl die USA als auch Nordkorea haben viel dazu beigetragen, die Angst voreinander zu schüren und eine aggressive militärische Haltung zu rechtfertigen. Dabei ließen die Entscheidungsträger in Washington die im Prinzip recht bedeutenden Konzessionen Pjöngjangs in der Zeit vor der zweiten Krise völlig außer Acht. Nordkorea hatte damit begonnen, seine Grenzen zu öffnen; Vertreter ausländischer Hilfsorganisationen wurden ins Land gelassen; die Zusammenarbeit mit Russland wurde ausgeweitet; Anstrengungen wurden unternommen, um die Beziehungen zu Japan zu verbessern; und mit einem Dutzend westlicher Länder wurden diplomatische Beziehungen aufgenommen. Vor allem aber machte die Annäherung an den Süden Fortschritte, hauptsächlich im Hinblick auf gegenseitige Familienbesuche, wirtschaftliche Beziehungen und kulturelle Austauschprogramme. Diese Ergebnisse wurden in der amerikanischen Außenpolitik weder anerkannt noch als Grundlage für weitere Verhandlungen verstanden; statt dessen drehte sich in Washington alles um das Drohpotential der nuklearen Ambitionen Nordkoreas.

In Pjöngjang dagegen ging die Führung offensichtlich davon aus, die Regierung in Washington werde sich erst dann zu einem ernsthaften Dialog bereit finden, wenn Nordkorea damit drohe, aus dem Atomwaffensperrvertrag auszutreten. Dieser krisenorientierte Verhandlungsstil war bereits in der ersten Nuklearkrise praktiziert worden. Die nordkoreanische Regierung versucht nach diesem Handlungsmuster in konsequenter Weise, ihren Verhandlungspartnern mit Drohungen, Bluffs und erpresserischen Manövern weitestgehende Zugeständnisse abzurufen.

Diese Zugeständnisse erfolgen zumeist in Form von Hilfslieferungen humanitärer und/oder wirtschaftlicher Art durch die internationale Staatengemeinschaft. Diese Hilfslieferungen sind mittlerweile wichtiger Bestandteil der wirtschaftlichen Versorgung und dienen der Absicherung der politischen Macht.

⁸ „Einsatz taktischer Atomwaffen zur Neutralisierung von stark befestigten, gegen die südkoreanische Hauptstadt gerichteten Artilleriestellungen.“, vgl. z.B. Urs Gehring, „Washington erwähnt Präventivschläge“, Tages-Anzeiger, 12.05.2002, S. 3.

Reformpolitik oder wirtschaftlicher Niedergang?

Die Absicherung der politischen Macht ist auch das Hauptmotiv der sogenannten Reform der Staatswirtschaft. Bereits in den neunziger Jahren musste die nordkoreanische Führung wirtschaftliche Versorgungsschwierigkeiten eingestehen. Das Scheitern der Planwirtschaft und Naturkatastrophen hatten dazu beigetragen, dass Nordkorea 1996 und 1998 von dramatischen Hungersnöten heimgesucht wurde, denen Schätzungen zufolge zwischen 200.000 und 2 Millionen Menschen zum Opfer fielen. Das propagierte System der ökonomischen Selbstversorgung hatte nie funktioniert. Zwar war es in den Aufbaujahren mit enormer Hilfe der früheren Sowjetunion und der DDR gelungen, eine beachtliche Schwerindustrie aufzubauen. Eine selbstversorgende Landwirtschaft konnte jedoch auch auf Grund geringer Anbauflächen nicht geschaffen werden. Ferner wurde der Dienstleistungssektor völlig vernachlässigt. Zu Zeiten des *Rates für gegenseitige Wirtschaftshilfe*, wie die Wirtschaftsgemeinschaft der sozialistischen Länder hieß, wurden diese Defizite durch Tauschhandel mit den Bruderstaaten ausgeglichen. Mit dem Ende des *Kalten Krieges* begannen die traditionellen Handelspartner für ihre Produkte harte und in der nordkoreanischen Staatskasse nur spärlich zu findende Devisen zu verlangen. Die Folge war ein Rückgang der Wirtschaftstätigkeit um fünf bis zehn Prozent pro Jahr bis zu einem annähernden Stillstand der Industrieproduktion um die Jahrtausendwende. Mangels Dünger und Saatgut ist auch die planwirtschaftliche Agrarproduktion in einem desolaten Zustand. Mit der Forderung nach einer zweiten Ernte sucht die Staatsführung nach einem Ausweg, dem aber auf Grund der Witterungsbedingungen und der viel zu kurzen landwirtschaftlichen Saison die Grundlage fehlt.

Nach offiziellen Angaben ist die Nahrungsmittelversorgung weiterhin sehr angespannt. Rund 6,5 Millionen Menschen (29 % der Bevölkerung) sind auf Hilfslieferungen des *World Food Programme* angewiesen. Dem Versorgungs-Soll-Zustand von durchschnittlich 600 Gramm Getreide pro Tag und Person stehe ein Ist-Zustand von nur 200 Gramm gegenüber. Ab Juli 2004 bestehen im Rahmen des *World Food Programme* keine Zusagen mehr für Nahrungsmittelhilfen nach Nordkorea.

Mit der Einführung der Bauernmärkte, der Preisreform vom Sommer 2002 und der Einführung teilweiser privatwirtschaftlicher Strukturen zeichnen sich Veränderungen ab. Allerdings

scheint es sich dabei nicht um den Beginn eines strategisch gewollten Transformationsprozesses wie in China, sondern eher um kosmetische Versuche zu handeln, das wirtschaftliche System leistungsfähiger zu machen.

In Nordkorea erfolgt keine Privatisierung von Landbesitz und Genossenschaftseigentum. Erlaubt ist lediglich die private Bewirtschaftung von 100 qm großen Gärten. Dabei sind die zugestandenen Flächen kleiner als sie z.B. in der früheren Sowjetunion waren. Die nordkoreanischen Reformer wollen über die Einführung marktwirtschaftlicher Anreize eine Steigerung der Produktion in Landwirtschaft und Industrie und damit eine Verbesserung der Versorgung erreichen. Anders als bei den Reformen in China (nach 1978), Vietnam (nach 1986) und in Mittel- und Osteuropa (nach 1990) geht es in Nordkorea nicht um einen Systemwechsel. In dem vorliegenden Reformansatz zeigt sich vielmehr eine Parallele zu den Reformversuchen in Mittel- und Osteuropa der 60er und 70er Jahre.⁹

Da Nordkorea der Priorität von System- und Machterhalt des Regimes folgt, liegt die Schlussfolgerung nahe, dass das Regime gesellschaftliche oder ökonomische Neuerungen mit potentiell systemdestabilisierender Wirkung freiwillig nicht implementieren wird, und dass reale Veränderungen immer nur sehr vorsichtig und graduell vorgenommen werden. Da beispielsweise Kollektiveigentum von Land und Produktionsmitteln und die damit verbundenen kollektiven Produktionsweisen auch Instrumente der Überwachung und ideologischen Kontrolle von Land- und Industriearbeitern sind, ist eine Privatisierung unwahrscheinlich. Selbst direkte Kontakte zwischen der einheimischen Bevölkerung und südkoreanischen oder ausländischen Personen lässt die Regierung nur sehr zögerlich zu, um die Gefahr der „kulturellen und ideologischen Infiltration“ für das von der Juche-Ideologie¹⁰ ge-

⁹ vgl. Peter Gey, „Nordkorea: Reform sowjetischen Typs und Erosion der Staatswirtschaft“, Internationale Politik und Gesellschaft, Bonn, 1/2004.

¹⁰ Die nordkoreanische Staatsideologie „Juche“ vereinigt die im Konfuzianismus verwurzelte patriarchalische personenzentrierte Führung mit dem Marxismus-Leninismus sowjetischer Prägung. Besonderes Merkmal der Juche-Ideologie ist die Verbindung sozialistisch-kommunistischen Gedankenguts mit einer strikten Nationalideologie, nach der Nordkorea sich als autarkes Land aus eigener Kraft zum sozialistischen Musterstaat entwickeln sollte. Die wirtschaftliche Selbstversorgung, die eigene Verteidigungsfähigkeit und die Ablehnung äußerer Einmischung sind Ziel dieser Doktrin. Die Juche-Ideologie wird von dem Personenkult um ihren Begründer, den 1994 verstor-

prägte politische System so gering wie möglich zu halten.

Die Legalisierung der privaten Bauernmärkte und der zunehmende Grenzhandel mit China sind daher nicht einem Reformkonzept der Staatsführung zu verdanken, sondern sind eine Anerkennung von Realitäten, die letztendlich aus dem Überlebenswillen der einheimischen Bevölkerung resultieren. Es ist daher davon auszugehen, dass das Regime die Liberalisierungen aus Einsicht in bestehende Notwendigkeiten zugelassen hat und durch diesen Kurswechsel darüber hinaus in pragmatischer Weise den eigenen Eliten gewisse Freiräume zur Bereicherung schaffen konnte.

Von politischer Öffnung und ökonomischer Transformation kann in Nordkorea keine Rede sein. Das Regime ist in erster Linie am Machterhalt interessiert und fürchtet – aus der Eigenperspektive wohl zurecht – das Entstehen autonomer ökonomischer Entscheidungszentren und die Zunahme unkontrollierbarer Kommunikation zwischen Ausländern und Einheimischen. Andererseits war das Regime zur Wahrung der eigenen Existenzfähigkeit gezwungen, gewisse Liberalisierungsschritte zuzulassen, die sich in Zukunft kaum rückgängig machen lassen werden.

Die Sechsergespräche: Perspektive für eine multilaterale Lösung

Vor diesem Hintergrund wird deutlich, warum Nordkorea immer wieder mit gezielten Provokationen versucht, bilaterale Gespräche mit den USA zu erzwingen. Die nordkoreanische Verhandlungsposition ist klar: Wir verzichten auf unser Nuklearpotenzial, im Gegenzug erhalten wir Sicherheitsgarantien und wirtschaftliche und finanzielle Hilfen. So lange Nordkorea seine Nuklearprogramme nicht in vollständiger, verifizierbarer und irreversibler Form beendet, sind die USA jedoch nicht verhandlungsbereit.

Mögliche Szenarien und Lösungsansätze zur Beilegung der Krise wurden an verschiedenen Stellen analysiert und diskutiert.¹¹ Für den Moment setzen alle beteiligten Staaten trotz militärischer Drohpolitik auf einen vielversprechenden

benen und noch amtierenden Staatspräsidenten Kim Il-song (Großer Führer) und dessen Sohn, dem Generalsekretär der nordkoreanischen Arbeiterpartei und Vorsitzenden der Nationalen Verteidigungskommission, Kim Jong-il (Lieber Führer), geprägt – im Vordergrund steht der Führergedanke als Leitidee einer zentralistisch aufgebauten Gesellschaft.

¹¹ Vgl. z.B. „North Korea: A Phased Negotiation Strategy“, International Crisis Group, Asia Report No. 61, Washington/Brussels, 01.08.2003.

Dialogprozess. Der multilaterale Ansatz der von China ausgerichteten Sechsergespräche zwischen Japan, Russland, China, Nord- und Südkorea sowie den USA bietet eine einzigartige Chance, die koreanische Nuklearkrise einzudämmen, vielleicht sogar einer Lösung zuzuführen.

Allein die Tatsache, dass diese Sechsergespräche im September diesen Jahres bereits in die vierte Runde gehen werden, ist ein diplomatischer Erfolg. Obwohl angesichts des bereits begonnen US-amerikanischen Wahlkampfs kein Durchbruch mit der amtierenden Bush-Regierung mehr zu erwarten ist, scheinen die Sechsergespräche nach dem überwältigen Sieg der dem südkoreanischen Präsidenten Roh Moo-hyun nahestehenden Uri-Partei eine neue Dimension erreicht zu haben.

Seit der Präsident Südkoreas über eine parlamentarische Mehrheit verfügt, setzt er verstärkt auf Annäherung zu Nordkorea. Kurzfristige Verhandlungserfolge erleiden dabei immer wieder Rückschläge: so wurden z.B. die Anfang Juni eingerichteten Telefonverbindungen zwischen den beiden Marinehauptquartieren wieder unterbrochen, und der mit viel Spektakel angekündigte Abbau der propagandistischen Beschallungsanlagen an der Demarkationslinie verzögert sich. Ende Juni gar drohte Nordkorea erneut mit Atomtests.

Dennoch ist die südkoreanische Regierung gewillt, die graduelle Annäherung an Nordkorea zu suchen. Dem Süden ist zur Zeit nicht primär an einem Regimewechsel im Norden gelegen, vor allem auch, weil man glaubt, die immensen Kosten einer plötzlichen Wiedervereinigung nicht schultern zu können. Grundlage für die Annäherung der beiden Seiten ist die *Gemeinsame Erklärung* von Kim Dae-jung und Kim Jong-il vom 15. Juni 2000.

Sowohl auf der bilateralen als auch auf der multilateralen Ebene bleibt Nordkorea ein unberechenbarer Verhandlungspartner. Es ist daher sinnvoll, dass die bilaterale graduelle Annäherung von den multilateralen Sechsergesprächen flankiert wird. Schwierig wird es sein, die strategischen Interessen aller Beteiligten in vertrauensbildende Maßnahmen einzubinden.

China und Russland wollen keinen Regimesturz, sie wollen aber auch kein mit dem Einsatz von Atomwaffen drohendes Nordkorea, welches Südkorea, Taiwan und Japan einen Vorwand zur atomaren Aufrüstung liefern könnte. Peking und

Moskau zeigen relativ viel Verständnis für Nordkoreas Forderung nach umfassenden Sicherheitsgarantien und drängen auf ein entsprechendes Entgegenkommen der USA. Es ist auf jeden Fall begrüßenswert, dass China, seiner regionalen Rolle entsprechend, in der Nordkoreafrage Verantwortung übernommen hat.

Ausblick

Das vorrangigste Ziel der Sechsergespräche ist die Eindämmung der Nuklearkrise unter Berücksichtigung nordkoreanischer Sicherheitsinteressen. Nur wenn Nordkorea dazu gebracht wird, seinen Austritt aus dem Atomwaffensperrvertrag zurückzunehmen, alle militärisch nutzbaren Nuklearprojekte zu beenden und Inspektionen der IAEA zuzulassen, können Sicherheitsgarantien im regionalen Kontext unter Einbeziehung der USA und Chinas gegeben werden.

Das Regime in Pjöngjang wird versuchen, von der eigentlichen Tagesordnung der Peking Gespräche durch teuer zu erkaufende Scheinangebote der Annäherung an Südkorea und Japan abzulenken. Eine eigene Nordkoreapolitik Südkoreas und Japans würde nicht nur die Mittlerrolle Chinas in Frage stellen. Der Erfolg der Sechsergespräche wird auch davon abhängen, in wie weit es gelingen wird, die USA in eine aktive Rolle einzubinden. Nach wie vor garantieren die USA die Sicherheit Südkoreas, Taiwans und Japans in Nordostasien.

In dem angestrebten Szenario sollte die innerkoreanische Annäherung abhängig von der Reduzierung der militärischen Konfrontation mit dem Ziel der zwischenstaatlichen Anerkennung entwickelt werden. Zwischenstaatliche Anerkennung zwischen Nord- und Südkorea wäre die Voraussetzung für tragfähige Sicherheitsvereinbarungen einerseits und die mittelfristige Schaffung einer von beiden Seiten angestrebten Konföderation zweier unabhängiger koreanischer Staaten als Vorstufe der langfristig angestrebten Wiedervereinigung andererseits. Der Fortschritt dieser Entwicklungen müsste das Ausmaß der

Unterstützung Nordkoreas mit Hilfslieferungen, Investitionen und des KEDO-Programms durch die internationale Gemeinschaft bestimmen. Eine vertragliche Denuklearisierung der koreanischen Halbinsel wäre anzustreben, damit könnte ein formaler Friedensvertrag zwischen den USA und Nordkorea möglich werden.

Die Beilegung der koreanischen Nuklearkrise ist auch im deutschen und europäischen Interesse. Die Bundesregierung und die Europäische Kommission sollten die Sechsergespräche konstruktiv begleiten. Natürlich stellt sich die Frage, wie es für die EU möglich ist, auf Nordkorea einzuwirken und in wie weit die europäische Strategie der Vermittlung und des Brückenbildens sinnvoll sein kann. Die Erfahrungen der KSZE und der OSZE könnten für die Region Nordostasien interessant sein. Dabei sollten die Mitgliedstaaten der Europäischen Union nicht die Bedingungen außer Acht lassen, die sie im Jahr 2000 mit der Aufnahme diplomatischer Beziehungen zu Nordkorea verbunden hatten:

- eine verantwortungsvolle Staatsführung,
- die Unterstützung von sozialen und politischen Reformen,
- die Bekämpfung von Korruption und Machtmissbrauch,
- die Einführung von Rechtsstaatlichkeit
- und der Schutz der Menschenrechte.

Die internationale Gebergemeinschaft sollte in ihrer langfristigen Eindämmungspolitik auch angesichts des nordkoreanischen Bestrebens nach unbedingtem Systemerhalt die Taktik des bereits beschriebenen krisenorientierten Verhandlungsstils berücksichtigen. Die Notwendigkeit einer umfassenden und nachhaltigen Entspannungspolitik wurde offensichtlich von allen Beteiligten erkannt. Gerade deshalb kann und darf die freie Welt es sich nicht leisten, dass vermeintliche *Schurkenstaaten* wie Nordkorea Verhandlungsspielraum durch Erhöhung ihres nuklearen Abschreckungspotentials erreichen.

AnsprechpartnerInnen:

Dr. Beate Bartoldus, Tel.: 0228-883-516, E-Mail: Beate.Bartoldus@fes.de (verantwortlich)

Dr. Paul Pasch, Tel.: 0228-883-510, E-Mail: Paul.Pasch@fes.de

Ulrike Ehnes, Tel.: 0228-883-512, E-Mail: Ulrike.Ehnes@fes.de

Friedrich-Ebert-Stiftung

Internationale Entwicklungszusammenarbeit, Referat Asien und Pazifik

Godesberger Allee 149, 53175 Bonn, Fax: 0228-883-575

Die Kurzberichte sowie Informationen zur Arbeit der FES in Asien finden Sie unter: www.fes.de/asien.